VLK Hessen

VLK-HESSEN BESCHLIESST PRU?FSTEINE FU?R EINE NEUE HESSISCHE LANDESREGIERUNG

17.11.2013

Die VLK-Hessen fasste auf ihrer Landesdelegiertenversammlung am 16. November 2013 folgenden Beschluss einstimmig:

PRU?FSTEINE FU?R EINE NEUE HESSISCHE LANDESREGIERUNG

Antragsteller: VLK-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenversammlung mo?ge beschließen:

Die VLK-Hessen sieht die ku?nftige hessische Landesregierung in der Pflicht, in der kommenden Legislaturperiode besonderes Augenmerk auf folgende Themen zu legen:

1. KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG STA?RKEN

Die Prinzipien der Subsidiarita?t und Konnexita?t mu?ssen sta?rkere Beachtung finden.

Unerfu?llbare Anforderungen und unbezahlbare Aufgabenzuweisungen an die Kommunen sind nicht hinnehmbar. Der kommunale Finanzausgleich muss in einer Weise reformiert werden, die sowohl dem Ballungsraum als auch dem Verdichtungs- und la?ndlichen Raum die Erfu?llung ihrer unterschiedlichen Aufgabenzuschnitte ermo?glicht. Er muss Fehlanreize ausschließen, den Wettbewerb fo?rdern, Leistungsanreize bieten und funktionelle, soziale und regionale Besonderheiten beru?cksichtigen. Der Schutzschirm fu?r hessische Kommunen war eine gute Maßnahme, um die Haushalte dauerhaft defizita?rer Kommunen zu sanieren. Interkommunale Zusammenarbeit ist eine gute Mo?glichkeit der Kosteneinsparung und Effizienzsteigerung und verdient einen ho?heren Stellenwert. Der Strukturwandel im la?ndlichen Raum muss aktiv gesteuert

Abgerufen am 23.11.2026 unter https://vlk-hessen.de/?p=283

werden.

2. VIELFALT, INTEGRATION UND CHANCENGERECHTIGKEIT

Eine liberale Gesellschaft ist eine Chancengesellschaft. Von einer gelungenen Integration und einer erfolgreichen Bildungspolitik ha?ngen sowohl der Wohlstand ku?nftiger Generationen als auch der soziale Frieden in Deutschland ab. Es ist eine Selbstversta?ndlichkeit, dass der Staat im Rahmen seiner Daseinsvorsorge seine

Aufgaben fu?r Bildung und Integration leistet, aber nur mit dem privaten Engagement von Bu?rgerinnen und Bu?rgern, Vereinen und Stiftungen ko?nnen die gesellschaftlichen

Probleme gelo?st werden. Die hessischen Kommunen haben beim Ausbau der Kinderbetreuung eine immense Kraftanstrengung auf sich genommen und ihren Beitrag fu?r nachhaltige Erfolge in der Bildungs- und Integrationspolitik geleistet. Eine Toleranz- und Willkommenskultur ist fu?r den Ballungsraum eine Wettbewerbsfrage, fu?r den la?ndlichen Raum geradezu eine U?berlebensfrage.

Die bisherige Landesregierung hat im Bereich der Schul- und Bildungspolitik in Hessen Maßsta?be gesetzt. Die aktuelle Lehrerversorgung ist in Hessen so gut wie nie.

Die Einfu?hrung der selbsta?ndigen Schule war ein Meilenstein und kann den Schulen vor Ort Gestaltungsspielra?ume verschaffen, wo man am besten beurteilen kann, welche Probleme und Notwendigkeiten bestehen. Die Einfu?hrung islamischen Religionsunterrichts unter staatlicher Regie war ein mutiger und weitsichtiger Schritt.

3. STRASSEN, SCHIENEN UND SCHNELLES INTERNET

Es darf keinen Stillstand beim Ausbau der Infrastruktur geben. Das betrifft nicht zuletzt den extrem belasteten Ballungsraum, den wichtigsten Verkehrsknoten Europas.

Hier mu?ssen der Bau notwendiger Umgehungsstraßen, der Ausbau des schienengebundenen o?ffentlichen Personennahverkehrs und wichtiger u?bergeordneter Straßen- und Schienenprojekte weiter intensiv vorangetrieben werden, wenn das wirtschaftliche Herz Hessens auch in Zukunft einen Großteil der Finanzierung des gesamten Bundeslandes im bisherigen Umfang leisten ko?nnen soll. Der wirksame Schutz vor La?rm und Abgasen muss ku?nftig eine gro?ßere Rolle spielen.

Abgerufen am 23.11.2026 unter https://vlk-hessen.de/?p=283

Als besonders vordringlich zu nennen sind hierbei die Regionaltangente West, die nordmainische S-Bahn in Richtung Hanau, die S-Bahn-Ausbauten zwischen Frankfurt und Friedberg, die S-Bahn-Anbindung von Gateway Gardens am Frankfurter Flughafen und die Riedbahn, aber auch die beiden Neubaustrecken Frankfurt–Mannheim und Hanau–Fulda. Die Landespolitik darf sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen und muss sich auch erfolgreich auf Bundesebene fu?r die Bereitstellung der erforderlichen Gelder einsetzen. Die intelligente Vernetzung von Verkehrsmitteln (»intermodale Mobilita?t«) mithilfe moderner Mobiltelefone muss ausgebaut werden.

Kommunen ohne schnelles Internet (Breitband) sind nicht lebensfa?hig. Wir betrachten Internet als heutzutage selbstversta?ndliche Universaldienstleistung, die jedem Bu?rger und jedem Unternehmen zur Verfu?gung stehen muss. Das Projekt Breitband in Hessen ist mit Hochdruck weiterzufu?hren. Binnen u?berschaubarer Frist muss deshalb in Hessen fla?chendeckendes Internet mit mindestens 6 MBit/s realisiert werden, ggf. ist der rechtliche Rahmen zu schaffen, das Angebot nach skandinavischem Vorbild auch von Kooperationen oder Konsortien bereitstellen zu lassen. Unabha?ngig davon sind symmetrische 50 bis 100 MBit/s anzustreben.

4. ENERGIEWENDE UND VERSORGUNGSSICHERHEIT

Die Energiewende muss unter rationalen Gesichtspunkten vorangetrieben werden, das gilt besonders beim Ausbau der Windenergie. Wir Liberalen verstehen Windkraftanlagen als Kraftwerke, nicht als Symbole. Wirtschaftliche Vernunft und die Schonung von Landschaft und Bevo?lkerung sind deshalb zwei Seiten derselben Medaille. Die Ausweisung von Windvorranggebieten darf dort, wo auch trotz des Bevo?lkerungsru?ckgangs auch in Zukunft noch Wachstum in Hessen stattfindet, notwendige Fla?chenzuwa?chse nicht vereiteln. Der Ausbau der Stromtrassen muss serio?s geplant und durchgefu?hrt werden.

In U?bereinstimmung mit dem Bundestagswahlprogramm der FDP kommt fu?r die VLK-Hessen der unkonventionelle Schiefergasabbau mittels Einpressbohrungen (»Fracking«) generell nur mit ungiftigen Stoffen und außerhalb von Wasserschutzgebieten in Frage. Gesellschaftliche Akzeptanz und ho?chste Umweltstandards sind unerla?sslich; der Trink- und Grundwasserschutz darf zu keinem Zeitpunkt gefa?hrdet werden.

Abgerufen am 23.11.2026 unter https://vlk-hessen.de/?p=283

Den Wasserbeho?rden muss ein umfangreiches Vetorecht zustehen.

5. BALLUNGSRAUM FRANKFURT-RHEIN-MAIN STA?RKEN

Das Metropolregionsgesetz muss weiterentwickelt werden. Die Doppelstruktur von Regionalverband und Regionalversammlung, die u?bereinstimmende Beschlu?sse fassen mu?ssen, ist extrem aufwendig, ineffizient und teuer.

Die regionale Raumordnungsplanung einschließlich der Trassenfreihaltung fu?r regional bedeutsame Infrastrukturprojekte kann auch von der Regionalversammlung und dem Regierungspra?sidium Darmstadt geleistet werden. Die Konzentration von Fla?chenzuwa?chsen an den Nahverkehrssachen kann durch Fla?chenkontingente auf Ebene der Regionalversammlung geschehen. Die Fla?chennutzungsplanung ko?nnte wieder auf die Kommunen zuru?cku?bertragen werden.

Weitere regionale Aufgaben, wie etwa die Krankenhausplanung oder die Gewa?hrleistung der Wasserversorgung, ko?nnen aus unserer Sicht am besten unter Wahrung der Eigentumsverha?ltnisse u?ber Landesfachgesetzgebung geregelt werden. Der Wildwuchs bei den regionalen Gesellschaften muss bereinigt werden. Dies geschieht am besten u?ber Anreize.

Begru?ndung

erfolgt mu?ndlich.

Abgerufen am 23.11.2026 unter https://vlk-hessen.de/?p=283